

Aargau

«Hilfsbereitschaft für die Ukraine ist wunderschön»

Marit Neukomm, einst Aargauerin des Jahres, führt mit ihrem Verein «Volunteers for Humanity» eine Hilfsgüter-Sammlung durch. Hunderte bringen Windeln, Decken und Schlafsäcke – jetzt braucht es mehr Lastwagen für den Transport.

Hans-Caspar Kellenberger

«Fassungslos, aber nicht tatenlos», heisst es auf der Website von «Volunteers for Humanity», dem Aargauer Verein aus Oberefelden, dessen Mitglieder sich seit Jahren ehrenamtlich für Menschen auf der Flucht engagieren. Der Verein mit Präsidentin Marit Neukomm will den Menschen an der Grenze und in der Ukraine schnell und direkt helfen und organisierte deshalb eine Sammelaktion für Hilfsgüter.

Zahlreiche Spenderinnen und Spender folgten dem Aufruf und erschienen am frühen Freitagabend auf dem Platz vor dem Aarauer Zeughaus an der Rohrerstrasse, um für die notleidenden Menschen in und aus der Ukraine Hilfsgüter zu spenden. Und das schon vor dem eigentlichen Start zur Sammlung, der um 17 Uhr angesetzt war. Bereits um 16.30 Uhr gehen zahlreiche Menschen ihre Spenden ab, die Autos stauen sich vor dem Umschlagplatz. Marit Neukomm, Aargauerin des Jahres 2016 und Präsidentin von «Volunteers for Humanity», sagt: «Wir hatten zuerst grossen Respekt vor der Sammlung, da wir aufgrund der vielen Anmeldungen merkten, wie gross das wird.» Die riesige Hilfsbereitschaft habe man im Aargau bereits während der Flüchtlingskrisen im Zuge des Syrienkriegs gesehen. «Das ist wunderschön.»

Manuela Surer (35) aus Aarau hat eine Wolldecke und Damenbinden gespendet. Sie sagt: «Die Krise in der Ukraine betrifft die ganze Welt, das hat mich betroffen gemacht. Da habe ich überlegt, was ich zu Hause habe und es

mitgebracht.» Manche haben ganze Kleinlasten voller Spenden mitgebracht, so auch Dani aus Vordemwald. Seine Frau hat den Aufruf auf Facebook gesehen. «Es hat Familien mit Kindern, die ihr Zuhause verloren haben. Das wünscht man niemandem, vor allem wenn man selbst Kinder hat», sagt er.

Andere wiederum haben einen direkten Bezug, so wie der 28-jährige Marco aus Aarau, der zusammen mit zwei Arbeitskollegen für die Menschen an der Grenze und in der Ukraine spendet. «Menschen, die mit mir zusammenarbeiten, sind noch in der Ukraine.» Viele der Spendenden, die zur Sammelstelle beim Zeughaus gekommen sind, haben bereits im Vorfeld bei Nachbarn und Verwandten gesammelt. So auch Susanne Briemann (57) aus Zufikon. «Ich habe den Aufruf gesehen und arbeite hier in der Nähe, da habe ich meine Nachbarn auch noch angefragt», sagt sie.

Berge aus Windeln, Decken und Schlafsäcken

Um 17 Uhr türmen sich sauber sortierte Berge aus verpackten Windeln, Feuchttüchern, Schlafsäcken oder Decken auf dem Zeughausplatz. Nicht nur Private, sondern auch diverse Firmen und die umliegenden Spitäler sind dem Aufruf gefolgt. Unter anderem hat das Kantonsspital Aarau beheizte medizinische Betten für Neugeborene gespendet. Quantifizieren lässt sich die Menge an gespendeten Hilfsgütern erst, wenn sie transportbereit ist. Unterdessen musste der Verein bereits mehr Lastwagen organisieren, als ursprünglich

geplant. Der grösste Teil der gespendeten Hilfsgüter, unter anderem 33 Paletten medizinische Hilfsgüter, geht mit der Osteuropahilfe weg. Die Partnerorganisation von «Volunteers for Humanity» arbeitet in der Ukraine eng mit dem Katastrophenschutz und dem Roten Kreuz zusammen.

So viele Hilfsgüter: Transport wird verschoben und vergrössert

Beim Transport hilft neben der Osteuropahilfe auch die gemeinnützige Organisation Remar mit. «Ich würde am liebsten selbst mitfahren», sagt Neukomm. «Aber es hilft den Menschen mehr, wenn wir hier Hilfsgüter sammeln, da uns die Öffentlichkeit in der Schweiz kennt. Die Osteuropahilfe hat in der Ukraine alle Kontakte und verteilt die Hilfsgüter auch im Konfliktgebiet. Deshalb spannen wir mit den anderen Organisationen zusammen. So spielt jeder seine Stärke aus.»

Wenn man als Verein alleine den Transport und die Verteilung der Güter organisieren müsste, wäre das wohl ineffizient, so Neukomm. Ursprünglich war geplant, die Hilfsgüter bereits am Montag in Richtung Ukraine zu transportieren. Aufgrund der schieren Menge musste der Start aber auf den kommenden Samstag verschoben werden. Ein Teil der medizinischen Güter werden aber früher versendet. So oder so ist der Spendenaufwurf schon jetzt ein Erfolg. Neukomm sagt: «Es ist klar, der Krieg ist nahe, aktuell und bewegt die Menschen. Aber dass uns beispielsweise auch Firmen ihre Türen öffnen, ist überraschend schön.»



Helferinnen und Helfer des Vereins «Volunteers for Humanity» nehmen beim Zeughaus

Aarau die Hilfsgüter entgegen und verpacken sie für den Transport. Bilder: Alex Spichale



Marit Neukomm ist Gründerin und Präsidentin des Vereins, dessen Mitglieder sich seit Jahren ehrenamtlich für Menschen auf der Flucht einsetzen.



Ein Berg von Windeln auf dem Umschlagplatz, daneben wurden auch Decken, Schlafsäcke und weitere Güter für die Ukraine-Flüchtlinge gespendet.

Aargau hat fast 800 000 Schutzplätze: Aber wie finde ich im Notfall

Für den Kanton Luzern lassen sich alle Standorte online abrufen, im Aargau müssen Webformulare der Zivilschutzorganisationen ausgefüllt oder

Fabian Hägler

Über eine Woche ist seit dem Angriff der russischen Armee auf die Ukraine vergangen, in den letzten Tagen wurden die Kämpfe härter, die Bilder von zerstörten Wohnhäusern und verwüsteten Innenstädten lösen Entsetzen aus. Noch mehr Sorgen machen sich die Menschen auch in Westeuropa, seit der russische Präsident Putin seine Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt hat. Unruhe löste der Beschluss des Atomkraftwerks Saporischja durch russische Truppen in der Nacht auf Freitag aus – auch im Aargau.

Michael Schibli, Co-Präsident der Mitte-Partei Aarau Regio, schrieb auf Twitter, er haben schon Anrufe von Leuten bekommen, die ihn fragten, wo ihr Schutzraum sei. Auf Nachfrage sagt Schibli, der als Treuhänder und Liegen-

schaftsverwalter arbeitet, es handle sich um Mieterinnen und Mieter, die angerufen hätten. «Ich verweise die Leute in solchen Fällen an ihre Wohn-gemeinde, die ihnen Auskunft erteilen soll», sagt der Mitte-Politiker.

Aargauerin läuft mit Anfragen bei Gemeinde und Kanton auf

Karin Lehmann wohnt im Aargau und wollte wissen, wo sich ihr Schutzplatz befindet. Sie berichtet auf Twitter von ihren Erfahrungen: Zuerst rief Lehmann bei der Gemeinde an, von dort wurde sie an die Zivilschutzstelle Aargau weiterverwiesen. Dort hiess es laut ihrem Tweet: «Das ist geheim, der Bund ist zuständig.»

Auch bei der AZ-Redaktion haben sich mehrere Leserinnen und Leser mit der Frage gemeldet, wie sie im Notfall ihren Schutzraum finden. Zuständig für

die Schutzräume ist die Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz des Departements Gesundheit und Soziales.

Zuteilung der Schutzräume wird erst im Ernstfall bekannt gegeben

«Für den geordneten Bezug der Schutzräume gibt es eine kantonsweite Zuweisungsplanung», sagt Sprecher Michel Hassler auf Anfrage. Diese wird auf der Basis der Gemeindegeregister und einer speziell dafür geschaffenen Software wöchentlich nachgeführt. Hassler ergänzt: «Die Bekanntgabe dieser Daten erfolgt auf Anordnung der Behörden, wenn es die Lage erfordert. Bei Anfragen aus der Bevölkerung können die Gemeinden mit Unterstützung der regionalen Zivilschutzorganisationen Auskünfte zum Thema Zuweisungsplanung erteilen.» Geheim ist die Verteilung der Einwohnerinnen und Einwoh-

ner auf die einzelnen Schutzräume also nicht. «Die Zuweisungsplanung wird aufgrund der laufenden Aktualisierung aber nicht proaktiv kommuniziert», sagt der Sprecher.

Online-Abfrage der Schutzräume für den Kanton Luzern möglich

Eine kurze Onlinerecherche fördert die Website schutzraumzuweisung.ch zu Tage, auf der für den Kanton Luzern je nach Wohnadresse der Standort des Schutzraums angezeigt wird. Die AZ hat die Seite mit einer Adresse in Schongau getestet, das gleich jenseits der Kantons-grenze zum Aargau liegt. Für die Adresse werden zwei Schutzräume aufgeführt, dazu der Hinweis, dass die namentliche Zuweisung erst im Bedarfsfall veröffentlicht werde. Für den Aargau ist diese Abfrage nicht möglich – man kann zwar den Kanton an-

wählen, aber keine Gemeinden. «Diese Website ist uns nicht bekannt», sagt Sprecher Hassler und wiederholt, die Bekanntgabe der Daten zu den Schutzräumen erfolge auf Anordnung des Bundes, zudem müsse die definitive Zuteilung im Ernstfall geprüft werden.

Zivilschutzorganisation Zurzibiet hat Onlineformular aufgeschaltet

Die Zivilschutzorganisation Zurzibiet hat auf ihrer Website ein Formular aufgeschaltet, auf dem sich alle Einwohner eintragen können und Informationen zu ihrem Schutzraum erhalten. Sämtliche Einwohner des Zurzibiets seien grundsätzlich einem Schutzplatz zugewiesen, heisst es dort. Und: «Aufgrund von Bevölkerungsmutationen (Zu- und Wegzüge, Geburten und Todesfälle) sowie baulichen Änderungen erfolgt die Zuweisungsplanung rollend und kann

meinen Schutzraum?

Anfragen bei der Wohn-gemeinde gestellt werden.

sich ändern. Deshalb wird sie bewusst nicht veröffentlicht, kann aber auf Wunsch eingesehen werden.»

Die Zivilschutzorganisation hält fest, der Schutzraum befindet sich in der Regel im Kellergeschoss des Wohnhauses. Für Personen, die keinen Schutzplatz im Haus haben, in dem sie leben, ist ein Schutzplatz in einem Schutzraum in der Nähe vorgesehen. «Pro Person ist eine Fläche von einem Quadratmeter bzw. ein Raumbolumen von 2,5 Kubikmetern vorgeschrieben, was etwa dem Platz pro Person in einem Eisenbahnabteil erster Klasse entspricht», heisst es auf der Website weiter.

Fast 800 000 Schutzplätze – Bau nicht mehr obligatorisch

Michel Hassler betont, im Aargau stünden genügend Schutzplätze für alle Einwohnerinnen und Einwohner zur Ver-

fügung. Kantonsweit gibt es aktuell 784 192 Schutzplätze, was rund 110 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung im Aargau entspricht. Lange war der Bau von Schutzräumen obligatorisch, noch heute gilt die Pflicht im Aargau bei Neubauten von Wohnhäusern mit mehr als 38 Zimmern.

Mit der Überarbeitung der Verordnung über Katastrophenhilfe und zivile Verteidigung des Kantons 1995 wurde die rechtliche Grundlage zur Befreiung vom Schutzraumbau geschaffen. Dies hatte zum Ziel, eine Überproduktion an Schutzräumen zu verhindern. Gemeinden, die einen Deckungsgrad von über 110 Prozent ausweisen, können beim Kanton die Befreiung vom Schutzraumbau beantragen. Nach der Bewilligung bezahlen die Bauherren einen Ersatzbeitrag von 400 Franken pro erforderlichem Schutzplatz.

Regierung ist gegen Sozialhilfe-Kürzung

Bürgerliche wollen nur noch Motivierten und Integrationswilligen die volle Sozialhilfe auszahlen. Die Regierung zweifelt am Nutzen.

Noemi Lea Landolt

«Motivation statt Sanktion in der Sozialhilfe»: Unter diesem Titel verlangten Martina Bircher (SVP), Susanne Voser (Die Mitte), Renate Gautschi und Adrian Schoop (beide FDP) 2017 im Grosse Rat eine Kürzung des Grundbedarfs für alle Sozialhilfebeziehenden im Aargau um 30 Prozent. Die volle Sozialhilfe sollten nur noch jene erhalten, die «integrationswillig, motiviert und engagiert» sind.

Voser, Gautschi, Bircher und SVP-Grossrat Daniel Wehrli sorgten sich auch um den «sozialen Frieden in der Sozialhilfe». In einer weiteren Motion verlangten sie, die Höhe der Sozialhilfe an die Anzahl Steuerjahre oder AHV-Beitragsjahre zu knüpfen. Dadurch hätte ein 59-jähriger Schweizer, der seinen Job verloren hat und aus-gesteuert wird, mehr Sozialhilfe erhalten als eine junge Frau, die ge-flüchtet ist und keinen Franken in die hiesigen Sozialwerke ein-bezahlt hat.

Nur fünf Prozent kooperieren nicht

Der Grosse Rat hat die Motio-nen als weniger verbindliche Postulate überwiesen. Der Re-gierungsrat musste die Anliegen deshalb vertieft prüfen. Er kommt zum Schluss, dass eine solche Differenzierung des Grundbedarfs «verschiedene verfassungsmässige Grundrechte tangieren» würde. Zudem stehe der mögliche Nutzen nicht in einem effizienten Verhältnis zu den erwarteten Kosten.

Aus Sicht der Gemeinden seien aktuell nur gerade fünf Prozent der Sozialhilfebe-ziehenden nicht kooperationsbe-reit, heisst es in der Botschaft

der Regierung an den Grosse-n Rat. Diese fünf Prozent könnten tatsächlich stärker unter Druck geraten und deshalb besser mit-wirken, wenn ihnen die Sozial-hilfe um 30 Prozent gekürzt werde. Von der Kürzung wären aber auch die übrigen 95 Pro-zent betroffen, schreibt der Re-gierungsrat: «Der mit dem Pos-tulat verbundene finanzielle und mentale Druck auf die Sozialhil-febeziehenden könnte bei die-sen Widerstände auslösen, de-motivierend wirken und damit die Integration erschweren.»

Wann ist jemand motiviert und integrationswillig?

Zudem sei es «kaum möglich», objektive und praktikable Krite-rien zu definieren, inwiefern So-zialhilfebeziehende «motiviert, integrationswillig und enga-giert» seien. Es müsste weiter überprüft werden, «inwieweit die Erfüllung der Kriterien im Einzelfall überhaupt zumbar-ist». Für psychisch kranke Men-schen sowie für Kinder, Jugend-lliche und ältere Personen bräuchte es eine «aufwendige Sonderregelung».

Der zweite Vorrat, der die Höhe der Sozialhilfe an die ge-leisteten Sozialversicherungs-beiträge knüpfen will, steht laut Regierung ebenfalls in Konflikt mit übergeordnetem Recht. So schreibt das Bundesrecht be-sonders, dass sich die So-zialhilfe am Bedarf einer Person orientieren muss – unabhän-gig von der Ursache der Notlage.

Die Umsetzung des Pos-tulats würde sich insbesondere auf Kinder, Jugendliche, junge Er-wachsene sowie Migrantinnen und Migranten auswirken. Die finanziellen Abstriche könnten die gesellschaftliche Teilhabe, die Gesundheit sowie soziale

und berufliche Integration der Betroffenen beeinträchtigen, schreibt der Regierungsrat.

Langfristig könnten die Kosten steigen

Die bürgerlichen Politikerinnen und Politiker haben mit ihren Vorstössen die Sozialausgaben im Blick. Der Regierungsrat hält fest, dass sich die Kosten zwar kurzfristig verringern würden. Allerdings sei unklar, ob auch langfristig Gelder eingespart werden können oder ob sich die Kosten später sogar erhöhen würden. Die Regierung schreibt: «Die Änderung kann auch negative Auswirkungen auf die berufliche Integration und Ablösung von der Sozialhilfe haben.»

In seiner Botschaft weist der Regierungsrat auch darauf hin, dass der Bund seit Einreichung der Postulate verschiedene Massnahmen mit einer ähnlichen Wirkung umgesetzt habe. Seit 2021 gibt es Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose, um zu verhindern, dass sie sozialhilfeabhängig werden. Für Migrantinnen und Migranten wurde der Familien-nachzug bei Sozialhilfebezug erschwert. Ausserdem kann die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden, wenn eine Person auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Noch im März berät die Kommission Gesundheit und Soziales die Botschaft der Re-gierung, voraussichtlich im Mai ist die Kürzung der Sozialhilfe im Grosse Rat traktandiert. Von den damaligen Motionarinnen und Motionären sitzen nur noch Adrian Schoop und Daniel Wehrli im Parlament. Renate Gautschi und Susanne Voser sind zurückgetreten, Martina Bircher politisiert inzwischen im Nationalrat.

Nachrichten

2908 neue Coronafälle – 80 Personen im Spital

Aktuelle Lage Am Donnerstag sind im Aargau 2908 Personen positiv auf das Coronavirus getestet worden. Das sind 1212 mehr als vor einer Woche, was einer Zunahme um 71,5 Prozent entspricht. In den Spitälern wurden am Donnerstag 80 Covid-Patienten behandelt, sieben von ihnen lagen auf der Intensiv- und drei auf der Überwachungsstation. (az)

78-Jährige wird von Zug erfasst und stirbt

Seon Am Donnerstagabend ist auf dem Perron des Bahnhofs Seon eine 78-jährige Frau gestürzt und vom einfahrenden Zug erfasst worden. Für die Frau kam jede Hilfe zu spät. Wie es zum Unfall kommen konnte, ist laut Kantonspolizei noch unklar. Die Bahnstrecke war aufgrund der Tatbestandsaufnahme mehrere Stunden gesperrt. (az)

Mutmassliche Einbrecher festgenommen

Stein In Stein hat der Bewohner eines Einfamilienhauses am Donnerstag im Garten zwei junge Burschen ertappt, die ums Haus schlichen. Als sie ihn bemerkten, rannten sie weg. Die alarmierte Polizei löste eine Fahndung aus und konnte zwei Franzosen im Alter von 14 und 15 Jahren ohne Wohnsitz in der Schweiz anhalten. Die beiden wurden für weitere Ermittlungen festgenommen. Die Polizei hat beim Haus Spuren eines Einbruchversuchs gefunden. (az)

Zimmer brennt, weil Kinder zeuseleten

Windisch Am Freitagmorgen hat es in einem Mehrfamilienhaus in Windisch gebrannt. Die Feuerwehr konnte den Brand löschen, bevor er sich vom Zimmer weiter ausbreiten konnte. Die Wohnung ist trotzdem bis auf weiteres nicht mehr be-

wohnbar. Nach ersten Erkenntnissen der Kantonspolizei ist der Brand auf «Kinderzeuselei» zurückzuführen. (az)

Zweifel ist der beste Arbeitgeber der Schweiz

Ranking Die Firma Zweifel Pommy-Chips mit Sitz in Spreitenbach ist laut einer Umfrage der «Handelszeitung» der beste Arbeitgeber der Schweiz. Der Chips-Hersteller hat sich gegen Arbeitgeber finden sich drei weitere Unternehmen aus dem Aargau: das Paul-Scherrer-Institut in Villigen (Platz 6), der Getränkehersteller Rivella in Rothrist (Platz 8) sowie die Brauerei Feldschlösschen in Rheinfelden (Platz 10). (af)